

**COVID-19-Pandemie vergrößert Anteil der Personen in Erwerbslosenhaushalten;
Sozialleistungen haben stabilisierenden Effekt auf die Einkommenssituation der Menschen**

Wien, 2022-04-28 – Die Corona-Krise hat den Anteil von Personen in Erwerbslosenhaushalten erhöht, kurzfristig hat sich das jedoch nicht negativ auf die materiellen Lebensbedingungen ausgewirkt. So waren im Jahr 2021 laut Statistik Austria 160.000 Personen oder 1,8% der Bevölkerung in Österreich erheblich materiell und sozial benachteiligt, da sie sich mehrere grundlegende Ausgaben zur Sicherung des Mindestlebensstandards nach EU-Definition nicht leisten konnten. Diese Zahl ist damit sogar geringer ausgefallen als der Vorjahreswert. Das geht aus der Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (European Union Statistics on Income and Living Conditions, EU-SILC) hervor, die Statistik Austria im 1. Halbjahr 2021 erhoben hat.

"Trotz des massiven Einbruchs der Wirtschaftsleistung und der Beschäftigung konnten die sozialen Krisenfolgen im Jahr 2021 in Österreich weitgehend eingedämmt werden. Dabei sind Sozialleistungen für mehr Haushalte zu einer bedeutsamen Einkommensquelle geworden. Über eine Million Menschen hatten im ersten Jahr der COVID-19-Pandemie hauptsächlich Einkünfte aus staatlichen Sozialtransfers, wie Arbeitslosen- oder Familienleistungen. Dabei haben diese Haushalte zumeist einen deutlich geringeren finanziellen Spielraum als andere", erklärt Statistik Austria-Generaldirektor Tobias Thomas.

COVID-19-Pandemie vergrößerte Anteil der Personen in Erwerbslosenhaushalten, Deprivation sank

Dass im Jahr 2021 die Zahl der erheblich materiell und sozial benachteiligten Personen mit 160.000 Personen oder 1,8% der Bevölkerung geringer ausgefallen ist als der Vorjahreswert, mag angesichts der COVID-19-Pandemie verwundern. Neben dem Anstieg der Sozialleistungen können hierfür zwei Erklärungsansätze gefunden werden: Erstens sind subjektive Fragen über die Leistbarkeit vor allem sozialer Aktivitäten angesichts der allgemeinen Einschränkungen durch die Pandemie teils anders beantwortet worden als in den Vorjahren: So gaben weniger Leute an, sich kostenpflichtige Freizeitaktivitäten nicht leisten zu können (2020: 7%, 2021: 5%). Zweitens manifestiert sich niedriges Einkommen vor allem dann in einem absolut niedrigen Lebensstandard, wenn es nicht nur eine zeitweilige Erscheinung, sondern ein längerfristiger Zustand ist. Dies war 2021 für einen Großteil nicht der Fall. Es wurde der EU-weit festgelegte Schwellenwert der Nicht-Leistbarkeit von mindestens sieben aus 13 Dingen oder Aktivitäten des täglichen Lebens seltener überschritten als noch 2020 (3,0% waren erheblich materiell und sozial depriviert gegenüber 1,8% 2021). In einzelnen Bereichen, wie der Unmöglichkeit, unerwartete Ausgaben zu tätigen, gab es aber leichte Steigerungen (2020: 18%, 2021: 19%).

Die sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie sind jedenfalls weiter zu beobachten, denn im Jahr 2021 waren deutlich mehr Haushalte von Erwerbslosigkeit oder geringer Erwerbsintensität betroffen: 469.000 Personen bzw. 7,4% der unter 64-Jährigen lebten in Haushalten, in denen nur eine geringe Erwerbsintensität erreicht wurde, was bedeutet, dass weniger als 20% des vorhandenen Erwerbspotenzials genutzt wurden. Da hier alle Erwerbszeiten des Jahres vor der Erhebung aufsummiert werden, zeigt sich also ein Effekt der angespannten Arbeitsmarktlage im Pandemiejahr 2020. Davor (EU-SILC 2020 mit Bezug auf Erwerbstätigkeit im Jahr 2019) lag die Quote der Personen in Haushalten mit geringer Erwerbsintensität mit 6,1% deutlich niedriger – die ermittelte Veränderung entspricht einem Anstieg um 20%. Vor allem in Haushalten, in denen Arbeitslosigkeit nicht durch Erwerbstätigkeit anderer Personen ausgeglichen werden konnte, war eine deutliche Verschlechterung der Situation erkennbar: Besonders in Einpersonenhaushalten – bei Männern gab es eine Zunahme im Indikator "geringe Erwerbsintensität" von 12,7% auf 16,9% (+33%), bei Frauen

von 9,6% auf 14,6%, (+52%) – und bei Familien mit nur einer erwachsenen Person (von 17,3% auf 28,0%, +62%).

Staatliche Sozialleistungen konnten Armutsrisiko teilweise ausgleichen und erhielten in der Corona-Krise mehr Bedeutung für die Haushaltseinkommen

1.292.000 Personen, die ein relativ zur Mitte der Bevölkerung niedriges Haushaltseinkommen hatten (weniger als 60% des Median), galten gemäß EU-Definition als armutsgefährdet. Als relatives Armutsmaß sagt die sogenannte Armutsgefährdung allerdings nichts drüber aus, ob oder wie gut ein Haushalt mit seinem Einkommen auskommt oder darüber, was sich dieser tatsächlich leisten kann. Laut EU-SILC 2021 galten bezogen auf ihr Jahreseinkommen 2020 14,7% der Bevölkerung als armutsgefährdet. Die Quote ist gegenüber dem Vorjahr (13,9%) leicht erhöht, jedoch ist diese Steigerung auch deshalb so moderat ausgefallen, weil monetäre Sozialleistungen einen stabilisierenden Effekt auf die Zahl der Menschen mit niedrigen Einkommen ausübten (siehe Tabelle 2): Ohne Sozialleistungen wären 26,3% der Bevölkerung in Österreich armutsgefährdet gewesen; der Reduktionseffekt betrug somit 44% (im Vorjahr 41%).

Positive Wirkung auf die Aufrechterhaltung des Lebensstandards in Krisenzeiten zeigte auch das arbeitsmarktpolitische Instrument der Kurzarbeit: Menschen, die 2020 in Kurzarbeit waren, waren zu 8% armutsgefährdet. Sie waren in reduziertem Maße erwerbstätig, erhielten aber einen fast vollen Lohnausgleich. Ihr unterdurchschnittliches Armutsrisiko gleicht fast dem jener Personen, die das gesamte Jahr 2020 über erwerbstätig waren (7%, siehe Tabelle 3). Langzeitarbeitslose hatten mit 57% Armutsgefährdung hingegen ein erheblich höheres Armutsrisiko.

Der Stellenwert von staatlichen Sozialtransfers wie Familien-, Arbeitslosen-, Gesundheits- und Bildungsleistungen, Wohnbeihilfen und Sozialhilfeleistungen der Länder kann über ihren relativen Anteil am verfügbaren Äquivalenzeinkommen ausgedrückt werden (siehe Tabelle 2): Im Durchschnitt wurden 43% des Äquivalenzeinkommens von Personen mit niedrigem Einkommen aus Sozialleistungen generiert (im Vorjahr 41%). Für Personen mit mittlerem Einkommen machten diese 13% des gesamten Äquivalenzeinkommens aus, für Personen mit hohem Einkommen hingegen nur 4%. In Summe lebten 1.017.000 Menschen (12%) hauptsächlich von Einkünften aus Sozialtransfers (davor waren es 892.000 Personen oder 10%). Ihr Lebensstandard war oft niedriger als jener der Haushalte, die ihr Einkommen vermehrt aus anderen Quellen bezogen (siehe Tabelle 4): Haushalte mit hauptsächlich Sozialleistungen waren häufiger mit Miete oder anderen regelmäßigen Zahlungen in Rückstand als andere (14% vs. 4%) und hatten vielfach Probleme unerwartete Ausgaben zu leisten (50% vs. 14%). Auch Freizeitaktivitäten auszuüben, die mit Kosten verbunden sind, war für hauptsächlich Sozialleistungsbeziehende (19% konnten es sich nicht leisten) seltener möglich als für den Rest der Bevölkerung (4%).

In Summe gab es im Jahr 2021 1.519.000 Personen – das sind 17,3% der Bevölkerung in Privathaushalten – die von mindestens einem der drei Teilbereiche von Armut nach EU-Definition (erhebliche materielle und soziale Benachteiligungen, niedriges Haushaltseinkommen, geringe Erwerbseinbindung) betroffen oder davon bedroht waren (siehe Tabelle 1).

Detaillierte Ergebnisse bzw. weitere Informationen zum Thema finden Sie auf unserer [Webseite](#) sowie in den [FAQs zum Thema Armut und soziale Eingliederung](#) (PDF, 460 KB).

Informationen zur Methodik, Definitionen:

Hinweise zu den Daten: Die Befragung zur Erhebung EU-SILC 2021 fand von Februar bis Juli 2021 statt, Indikatoren zur Deprivation beziehen sich mehrheitlich auf den Befragungszeitpunkt. Einkommen (für den Indikator Armutsgefährdung relevant) sowie Erwerbsintensität beziehen sich jedoch nach Eurostat-Vorgabe jeweils auf das der Erhebung vorangehende Kalenderjahr, in diesem Fall das Jahr 2020, und stammen mehrheitlich aus Verwaltungsdaten. Es ist zu beachten, dass diese Daten damit verschiedene Phasen der COVID-19-Krise abbilden und noch nicht die finanziell für viele Haushalte angespannte Lage auf Grund von Preissteigerungen Ende 2021 und im bisherigen Verlauf von 2022 zeigen.

EU-SILC: EU-Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (European Union Statistics on Income and Living Conditions). EU-SILC sammelt seit 2003 jährlich Informationen über die Lebensbedingungen der Menschen in Privathaushalten in der Europäischen Union. Für Österreich führt Statistik Austria dieses Projekt durch, bei dem pro Jahr rund 6.000 österreichische Haushalte befragt werden.

Absolute Armut entsprechend europäischem Mindestlebensstandard: Als erheblich materiell und sozial depriviert gelten Personen, auf die zumindest sieben der folgenden 13 Merkmale zutreffen:

Dem Haushalt ist es finanziell nicht möglich, (1) unerwartete Ausgaben zu tätigen, (2) einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren, (3) Miete, Betriebskosten oder Kredite pünktlich zu bezahlen; (4) jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu essen, (5) die Wohnung angemessen warm zu halten, (6) abgenützte Möbel zu ersetzen oder (7) ein Auto zu besitzen.

Personen ab 16 Jahren ist es finanziell nicht möglich, (8) eine Internetverbindung zu haben, (9) abgenutzte Kleidung zu ersetzen, (10) zwei Paar passende Schuhe zu haben, (11) jede Woche einen kleinen Betrag für sich selbst auszugeben, (12) regelmäßig kostenpflichtige Freizeitaktivitäten auszuüben oder (13) einmal im Monat Freund:innen oder Familie zum Essen/Trinken zu treffen.

Auch für Personen unter 16 Jahren müssen mindestens sieben von diesen 13 Merkmalen zutreffen, wobei mindestens drei dieser Merkmale aus der Kategorie der Haushaltsmerkmale (1) bis (7) stammen müssen. Außerdem zählt eines der Personenmerkmale (8) bis (13) zusätzlich auch für Personen unter 16 Jahren, wenn das jeweilige Merkmal für zumindest die Hälfte der restlichen Haushaltsmitglieder zutrifft.

Armutsgefährdung meint ein im Verhältnis zur Mitte der Bevölkerung geringes Haushaltseinkommen: Als armutsgefährdet gelten in der EU jene Personen, deren äquivalisiertes (= bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-) Nettohaushaltseinkommen unter 60% des Medians des äquivalisierten Nettohaushaltseinkommen des Landes liegt. Das war in Österreich laut EU-SILC 2021 ein Betrag von 1.371 Euro für Alleinlebende, plus 686 Euro für jeden weiteren Erwachsenen im Haushalt und 411 Euro für jedes Kind unter 14 Jahren (jew. pro Monat).

Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität: Ein Haushalt mit geringer Erwerbsintensität schöpfte im Vorjahr weniger als 20% seines Erwerbspotenzials aus – berechnet auf Grundlage aller Personen zwischen 18 und 64 Jahren, die weder in Ausbildung noch in Pension sind. Dieser Indikator wird nur für Personen unter 65 Jahren ausgewiesen.

Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung = materielle und soziale Benachteiligungen ODER Armutsgefährdung ODER geringe Erwerbsbeteiligung: Die Zielgruppe für soziale Eingliederung und Armutsreduktion umfasst nach Definition der Europäischen Union Personen, auf die mindestens eines der obengenannten Kriterien zutrifft. Bis zum Jahr 2021 wurde der Indikator Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung gemäß Vorgaben der Europa 2020-Strategie berechnet. Mit dem nachfolgenden Aktionsplan der EU-Kommission "Europa 2030-Strategie - Europäische Säule sozialer Rechte" haben sich im Jahr 2021 geringfügige Definitionsänderungen in den Teilbereichen der materiellen Benachteiligungen und der geringen Erwerbsintensität ergeben (für detaillierte Definitionen siehe [FAQs „Armut und soziale Eingliederung“](#) (PDF, 460 KB)).

Sozialleistungen: Alle staatlichen Zahlungen ohne Pensionen, die den Haushalten direkt zufließen. Sachleistungen des Sozialsystems (z.B. Gesundheits- oder Bildungseinrichtungen) bleiben unberücksichtigt. Die **Armutsgefährdungsquote vor Sozialleistungen** ist eine fiktive Berechnung des Anteils jener Personen, deren äquivalisiertes Nettohaushaltseinkommen abzüglich Sozialleistungen unter 60% des Medians des äquivalisierten Nettohaushaltseinkommen (inkl. Sozialleistungen) liegt.

Kurzarbeit: zeitlich begrenzte Herabsetzung der Arbeitszeit zur Überbrückung von wirtschaftlichen Störungen im Zusammenhang mit dem Corona-Virus. Beschäftigte erhielten monatlich zwischen 80 und 90% ihres bisherigen Einkommens vom Arbeitgeber weiterbezahlt. Dieser erhielt im Gegenzug eine Förderung vom Arbeitsmarktservice (AMS), mit der dem Arbeitgeber die ausgefallenen Arbeitsstunden ersetzt wurden.

Einkommensgruppen: Niedrige Einkommen (unter 60% des äquivalisierten Medianeinkommens – 2021: unter 16 457 Euro; entspricht der Gruppe der Armutsgefährdeten), mittlere Einkommen (60 bis unter 180% des äquivalisierten Medianeinkommens – 2021: 16 457 bis unter 49 370 Euro), hohe Einkommen (180% und mehr des äquivalisierten Medianeinkommens – 2021: 49 370 Euro und mehr).

Haupteinkommensquelle: Jene Einkommensquelle, die den größten Beitrag zum Haushaltseinkommen leistet.

Tabelle 1: Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung in Österreich 2020 und 2021

Hauptindikator und Teilgruppen nach Europa 2030-Definition	2020 ¹⁾		2021	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (in mind. 1 von 3 Bereichen)	1.460	16,7	1.519	17,3
Erhebliche materielle und soziale Deprivation	260	3,0	160	1,8
Armutsgefährdung	1.222	13,9	1.292	14,7
Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität ²⁾	391	6,1	469	7,4

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2020 und 2021. – 1) Mit der ab 2021 für die Europa 2030-Strategie "Europäische Säule sozialer Rechte" gültigen Definition rückgerechnete Werte. – 2) Nur Personen im Alter von 0 bis 64 Jahren.

Tabelle 2: Armutsgefährdung und Wirkung von Sozialleistungen

Indikatoren zur Wirkung von Sozialleistungen	2020	2021
Armutsgefährdung vor und nach Sozialleistungen¹⁾		
Armutsgefährdung (inkl. Sozialleistungen), in %	13,9	14,7
Armutsgefährdung vor Sozialleistungen, in %	23,6	26,3
Reduktion durch Sozialleistungen: Verringerung der Armutsgefährdungsquote um __ %	41	44
Personen in Haushalten mit Haupteinkommensquelle Sozialleistungen²⁾		
in 1.000	892	1.017
in %	10	12
Anteil der Sozialleistungen am äquivalisierten Nettohaushaltseinkommen		
Für die Bevölkerung insgesamt, in %	12	13
Nach Einkommensgruppen (in % des Medians)		
niedrig (<60%), in %	41	43
mittel (60% bis <180%), in %	12	13
hoch (>=180%), in %	3	4

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2020 und 2021. – 1) Sozialleistungen = alle staatlichen Zahlungen ohne Pensionen, die den Haushalten direkt zufließen. Armutsgefährdungsquote vor Sozialleistungen = Armutsgefährdungsquote basierend auf Haushaltseinkommen abzüglich Sozialleistungen – 2) Die Summe aller erhaltenen Sozialtransfers leistet den größten Beitrag zum Haushaltseinkommen.

Tabelle 3: Erwerbsstatus und Armutsgefährdung

Ausgewählte Erwerbsstatus bezogen auf Referenzjahr 2020	Armutsgefährdungsquote in %
Ganzjährig erwerbstätig	7
Ganzjährig arbeitslos	57
Hat im Jahr 2020 (zumindest zeitweise) Kurzarbeit geleistet	8

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2021.

Tabelle 4: Lebensstandard für Haushalte mit hauptsächlich Sozialleistungen im Vergleich zu anderen

Ausgewählte Lebensstandardmerkmale Nicht-Leistbarkeit in %	Personen in Haushalten mit Haupteinkommensquelle Sozialleistungen ¹⁾	Personen in Haushalten mit anderer Haupteinkommensquelle ²⁾
Laufende Kosten pünktlich bezahlen	14	4
Unerwartete Ausgaben tätigen	50	14
Freizeitaktivitäten auszuüben, die mit Kosten verbunden sind	19	4

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2021. – 1) Die Summe aller erhaltenen Sozialtransfers leistet den größten Beitrag zum Haushaltseinkommen. 2) Andere Haupteinkommensquelle als Sozialleistungen: unselbständige oder selbständige Arbeit, Pensionen, private Einkommen.

Rückfragen zum Thema beantworten in der Direktion Bevölkerung, Statistik Austria:
 Mag. Nadja LAMEI, Tel.: +43 1 71128-7336 bzw. nadja.lamei@statistik.gv.at und
 Mag. Richard HEUBERGER, Tel.: +43 1 71128-8285 bzw. richard.heuberger@statistik.gv.at

Medieninhaber, Hersteller und Herausgeber:
 Bundesanstalt Statistik Österreich
 1110 Wien, Guglgasse 13, Tel.: +43 1 71128-7777
presse@statistik.gv.at
 © STATISTIK AUSTRIA